



Antrag

der Fraktion der AfD

Auswirkungen der Maskenpflicht an Schulen auf die Gesundheit der Schüler untersuchen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, mit der untersucht wird, welche gesundheitlichen, insbesondere psychischen Auswirkungen die an den allgemein- und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein geltenden Pflicht, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, auf die davon betroffenen Schüler hat.

Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, dem zuständigen Ausschuss fortlaufend zu berichten, sobald verwertbare Ergebnisse vorliegen.

Begründung:

Nach der aktuellen Landesverordnung zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 besteht für Schüler die Pflicht, auf dem Gelände von Schulen eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Ebenso haben Schüler die Pflicht, bei schulischen Veranstaltungen außerhalb des Schulgeländes eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, soweit sie nicht Sport ausüben oder einen Mindestabstand von 1,5 Metern zu Personen außerhalb der aus eigenen Schülern bestehenden Kohorte einhalten. Auch auf Schulwegen zwischen Bus- oder Bahnhaltestellen und der Schule haben Schüler eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Diese Pflicht gilt auch für Schüler vor Vollendung des sechsten Lebensjahres.

Im Schulalltag verwendet der weitaus größte Teil der Schüler handelsübliche oder selbstgenähte Stoffmasken. Aber selbst wenn die Schüler chirurgische Masken wie etwa FFP2-Masken tragen würden, würde dies ihre Atmung und damit ihre Leistungsfähigkeit signifikant reduzieren, wie Studien übereinstimmend belegen.

Nach Aussagen zahlreicher Ärzte, Kinderärzte und Psychologen hat die Verpflichtung von Kindern und Jugendlichen, eine Mund-Nase-Bedeckung tragen zu müssen, zudem bereits zu negativen psychischen Auswirkungen geführt.

Im Interesse der Gesundheit der Schüler müssen die gesundheitlichen Auswirkungen, insbesondere die möglichen psychischen Schäden der Verpflichtung, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, wissenschaftlich untersucht werden.

Die Ergebnisse der Studie sollten aufzeigen, ob der massive Eingriff in die Grundrechte, den die Maskenpflicht für Kinder und Jugendliche darstellt, verhältnismäßig ist.

Dr. Frank Brodehl und Fraktion